

Beschlußempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Frauen und Jugend
(14. Ausschuß)**

zu dem Antrag der Abgeordneten Ina Albowitz, Dr. Gisela Babel, Angelika Barbe, Ingrid Becker-Inglaup, Friedhelm Julius Beucher, Petra Bläss, Dr. Ulrich Böhme (Unna), Arne Börnsen (Ritterhude), Hans Büttner (Ingolstadt), Edelgard Bulmahn, Ursula Burchardt, Dr. Herta Däubler-Gmelin, Dr. Nils Diederich (Berlin), Karl Diller, Dr. Marliese Dobberthien, Ludwig Eich, Norbert Eimer (Fürth), Dr. Dagmar Enkelmann, Elke Ferner, Evelin Fischer (Gräfenhainichen), Dr. Ursula Fischer, Arne Fuhrmann, Dr. Margret Funke-Schmitt-Rink, Monika Ganseforth, Martin Götsching, Günter Graf, Achim Großmann, Michael Habermann, Hans-Joachim Hacker, Gerlinde Hämmerle, Christel Hanewinkel, Ulrich Heinrich, Günther Heyenn, Dr. Barbara Höll, Claus Jäger, Renate Jäger, Ilse Janz, Ulla Jelpke, Dr.-Ing. Rainer Jork, Horst Jungmann (Wittmoldt), Dr. Dietmar Keller, Hans-Ulrich Klose, Dr. Hans-Hinrich Knaape, Regina Kolbe, Hinrich Kuessner, Brigitte Lange, Andrea Lederer, Uwe Lühr, Theo Magin, Ulrike Mascher, Ingrid Matthäus-Maier, Herbert Meißner, Dr. Bruno Menzel, Dr. Hans Modrow, Siegmars Mosdorf, Christian Müller (Zittau), Jutta Müller (Völklingen), Dr. Edith Niehuis, Dr. Rolf Niese, Adolf Ostertag, Dr. Helga Otto, Horst Peter (Kassel), Albert Pfuhl, Dr. Eckhart Pick, Ronald Pofalla, Dr. Eva Pohl, Gerd Poppe, Margot von Renesse, Renate Rennebach, Hermann Rind, Günter Rixe, Dr. Ilja Seifert, Erika Simm, Dr. Hartmut Soell, Dr. Hans-Joachim Sopart, Günther Schartz (Trier), Cornelia Schmalz-Jacobsen, Ursula Schmidt (Aachen), Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Regina Schmidt-Zadel, Dr. Christoph Schnittler, Ottmar Schreiner, Karl-Heinz Schröter, Werner Schulz (Berlin), Dr. Fritz Schumann (Kroppenstedt), Ernst Schwanhold, Dr. Peter Struck, Dr. Gerald Thalheim, Wolfgang Thierse, Dr. Dieter Thomae, Dr. Klaus-Dieter Uelhoff, Dr. Wolfgang Ullmann, Ralf Walter (Cochem), Rudi Walther (Zierenberg), Ingrid Walz, Dr. Konstanze Wegner, Barbara Weiler, Reinhard Weis (Stendal), Konrad Weiß (Berlin), Herbert Werner (Ulm), Hildegard Wester, Gudrun Weyel, Hanna Wolf, Vera Wollenberger, Uta Würfel
— Drucksache 12/4388 —

A. Problem

Die Kinder in unserer Gesellschaft sind großen Benachteiligungen ausgesetzt. In den Familien- und Jugendberichten werden die Lebensverhältnisse und Belange der Kinder in der Bundesrepublik Deutschland nur unzureichend dargestellt. Die Kinder werden hauptsächlich als Erziehungsobjekte und untergeordnete Teile der Familie und nicht als eigenständige heranwachsende Personen angesehen.

B. Lösung

Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Deutschen Bundestag noch in dieser Legislaturperiode einen Bericht über die Situation der Kinder in der Bundesrepublik Deutschland („Kinderbericht“) zu vorgegebenen Schwerpunkten vorzulegen. Auf der Grundlage eines solchen Berichts können politische Diskussionen zur Verbesserung der Lage der Kinder geführt werden.

Künftig soll die Bundesregierung alle zwei Jahre einen sog. Kinderbericht vorlegen.

Mehrheitliche Ablehnung im Ausschuß**C. Alternativen**

Ergänzung der zukünftigen Familien- und Jugendberichte um eine Darstellung der Situation der Kinder in der Bundesrepublik Deutschland.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Antrag — Drucksache 12/4388 — wird abgelehnt.
2. Die Bundesregierung wird gebeten, die künftigen Familien- und Jugendberichte um eine Darstellung der Situation der Kinder in der Bundesrepublik Deutschland zu ergänzen.

Bonn, den 28. September 1993

Der Ausschuß für Frauen und Jugend

Dr. Edith Niehuis
Vorsitzende

Dr. Margret Funke-Schmitt-Rink
Berichterstatte(r)innen

Dr. Sissy Geiger (Darmstadt)

Wilhelm Schmidt (Salzgitter)
Berichterstatte(r)

Bericht der Abgeordneten Dr. Margret Funke-Schmitt-Rink, Dr. Sissy Geiger (Darmstadt) und Wilhelm Schmidt (Salzgitter)

I. Zum Beratungsverfahren

Der Deutsche Bundestag überwies den Antrag — Drucksache 12/4388 — in seiner 149. Sitzung vom 25. März 1993 nach erster Beratung zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Frauen und Jugend, zur Mitberatung an den Ausschuß für Familie und Senioren und den Rechtsausschuß.

Der Ausschuß für Familie und Senioren empfahl in seiner Sitzung vom 30. Juni 1993 mit zwölf Stimmen der Fraktion der CDU/CSU gegen sieben Stimmen der Fraktion der SPD und je eine Stimme der Fraktion der CDU/CSU, der Fraktion der F.D.P. und der Gruppe der PDS/Linke Liste sowie bei Abwesenheit der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag abzulehnen.

Der Rechtsausschuß nahm in seiner Sitzung vom 16. Juni 1993 den Antrag einstimmig zustimmend zur Kenntnis.

Der Antrag wurde vom federführenden Ausschuß für Frauen und Jugend in seiner Sitzung vom 30. Juni abschließend beraten.

II. Zur Beschlußempfehlung

Alle Mitglieder des Ausschusses für Frauen und Jugend stimmten darin überein, daß die Kinder die schwächsten und schutzwürdigsten Mitglieder unserer Gesellschaft seien und mehr über ihre Lebensverhältnisse und Belange in Erfahrung gebracht werden müßte, um ihnen helfen zu können.

1. Die Fraktion der F.D.P. sprach sich jedoch gegen einen eigenständigen Kinderbericht aus, da die Situation der Kinder nicht isoliert von der Situation der Familie und Jugend betrachtet werden könne. Die Familien- und Jugendberichte, in denen die Lage der Kinder bereits berücksichtigt werde, könnten um eine Darstellung der Situation der Kinder erweitert werden.

2. Die Fraktion der CDU/CSU ging von einer ganzheitlichen Betrachtungsweise der Familie aus und befürchtete, eine isolierte Betrachtungsweise einzelner Mitglieder eines Familienverbandes begünstige Auflösungstendenzen in der Familie. Kinder dürften nicht nur als Erziehungsobjekte, sondern müßten als eigenständige Wesen betrachtet werden. Dafür sei jedoch kein eigenständiger Kinderbericht notwendig, sondern die Lebenswelt der Kinder sollte in den Familien- und Jugendberichten hinreichend dargestellt werden.

3. Die Fraktion der SPD hielt es für wichtig, die Belange der Kinder durch einen gesonderten Kinderbericht zu betonen. Kinder dürften nicht als Anhängsel an andere Bereiche betrachtet werden. Es gelte die zahlreichen Problembereiche, denen Kinder unserer Gesellschaft ausgesetzt seien, aufzuarbeiten. Der Kinderbericht solle als Grundlage für eine auf die speziellen Kinderinteressen gerichtete allgemeine politische Diskussion dienen. Aus diesem Grunde sei mit dem Themenkatalog nahezu die ganze Bandbreite der kinderpolitischen Aufgaben aufgeführt worden.

4. Die Bundesregierung hielt es für angebracht, die Situation der Kinder in den Familienberichten darzustellen, da die Familie der für Kinder typische Lebensbereich sei. Die Übergänge zum Jugendbereich seien fließend, so daß insoweit eine Grenzziehung zur Jugend schwierig sei.

5. Der Ausschuß beschloß mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Abwesenheit der Gruppen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS/Linke Liste die Ablehnung des Antrags — Drucksache 12/4388 — zu empfehlen und die Bundesregierung zu bitten, die zukünftigen Familien- und Jugendberichte um eine Darstellung der Situation der Kinder in der Bundesrepublik Deutschland zu ergänzen.

Bonn, den 28. September 1993

Dr. Margret Funke-Schmitt-Rink
Berichterstatterinnen

Dr. Sissy Geiger (Darmstadt)

Wilhelm Schmidt (Salzgitter)
Berichterstatter